

Reader

14. Thüringer Antirassistischer Ratschlag

**6. November 2004
Gotha**

**Wer Sozialabbau
verhindern will,
muss sich auch
gegen Rassismus,
Antisemitismus
und Nationalismus wehren!
Sich gegen Rechts wehren,
ohne für
mehr soziale Gerechtigkeit
zu kämpfen,
wird scheitern!**

6. November 04

**10 Uhr Ratschlag-Foren und
Workshops:**

Fußball und Nationalismus;
Antisemitismus - Nah-Ost-
Konflikt; Flüchtlingsalltag;
Sozialneid, Arbeit und Rassismus;
Illegale Beschäftigung; Ziviler
Ungehorsam - kreative Aktionen;
Deutscher Opferdiskurs; Zukunft
der Vernetzung in Thüringen

18 Uhr STADTRUNDGANG

GEGEN DAS VERGESSEN

Gotha, Kooperative Gesamtschule
"Herzog Ernst", Reinhardsbrunner Straße
(barrierefrei)

5. November

19 Uhr, Bücherstube "Hanna Höch"
Gotha Hauptmarkt

**Braune Kameradschaften.
Die neuen Netzwerke der
militanten Neonazis**



Antirassistischer/antifaschistischer Ratschlag Gotha

Ablauf und Raumplan 6. November 2004

10.00 Uhr	Kaffee & Tee, Anmeldung + Reader, Info-Stände, small talk, Kinder bei der Kinderbetreuung eingewöhnen	Cafeteria (Untergeschoss) und Flure
10.30 Uhr	Eröffnungsplenum Begrüßung Alles nur Einbildung? Ein Versuch, den erstarkenden Antisemitismus in Deutschland zu begreifen. <i>Vortrag von Lars Rensmann, Freie Universität Berlin</i> Vorstellung der Foren und Workshops und Hinweise	Aula (3. Etage)
12.00 Uhr	Pause, Frühstück/Mittagessen, Info-Stände	Cafeteria und Flure
13.00 Uhr	Foren und Workshops <ol style="list-style-type: none">1. Fußball und Nationalismus – zwei Seiten einer Medaille?2. Workshop: Antisemitische Debatten um den Nah-Ost-Konflikt – Was tun in der Bildungsarbeit?3. <i>Forum Flüchtlingsalltag und –arbeit in Thüringen</i> <i>Fällt aus! Bitte Hinweis auf Treffen 13.11. beachten!</i>4. Vom "faulem Polen" zu "Florida-Rolf" - Sozialneid, Arbeit und Rassismus5. „Illegale Beschäftigung – Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten“6. Workshop "Ziviler Ungehorsam- kreative Aktionen in der antirassistischen Arbeit"7. Deutsche Familienromane und neuer deutscher Opferdiskurs	Raum 104 Raum 106 / Raum 120 Raum 124 Raum 304 Raum 306
16.30 Uhr	Pause, Kaffee & Essen, Info-Stände, Film, Kommunikationsraum	Cafeteria und Flure
17.00 Uhr	Abschlussplenum: Vernetzung ja – aber ohne mich? Zur Zukunft der Vernetzung in Thüringen: Welche Inhalte, welche Formen, welcher Sinn?	Aula
18.00 Uhr	Stadtrundgang „Gegen das Vergessen“ Zu historischen Orten der nationalsozialistischen Judenverfolgung und Orten des Rechtsextremismus heute.	Beginn: vor der Schule
19.00 Uhr	Ende	



Kinderbetreuung: Raum 11



Welche Inhalte, welche Formen, welcher Sinn?

In Vorbereitung des Abschlussplenums beim 14. Thüringer Antirassistischen Ratschlag besteht im Flur für euch die Möglichkeit, eure eigenen Vorstellungen eines funktionierenden Netzwerkes anschaulich darzustellen:

Wo sehe ich meinen Platz / meinen Verein oder meine Interessen in einem antirassistische/antifaschistischen Netzwerk, welche Leistungen kann ich anbieten bzw. womit kann ich andere NetzwerkpartnerInnen unterstützen? Benutzt hierfür bitte die bereitliegenden **grünen Karten!**

Welches sind für mich besonders wichtige PartnerInnen, was erwarte ich von ihnen? Wobei brauche ich Hilfe? Benutzt hierfür bitte die **roten Karten!**

Knüpft Euer Netzwerk beim Antirassistischen Ratschlag in Gotha!

Ihr habt dazu den ganzen Tag lang, bis kurz vor dem Abschlußplenum Zeit. Und vielleicht ergeben sich durch immer wieder neu entstehende Knoten und Verbindungen ja ganz neue Möglichkeiten und Ideen der Vernetzung gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus und Antisemitismus in Thüringen.

Viel Spaß dabei!

Spendenaufruf

zur Wiederherstellung der geschändeten Jüdischen Friedhöfe in Thüringen

Mit schwerer Bestürzung haben wir von der Schändung der Jüdischen Friedhöfe in Sondershausen und Gotha erfahren. In Sondershausen geschah die Tat in der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember 2003. Es wurden 45 Grabsteine beschädigt und teilweise mit Farbe beschmiert. In Gotha wurden am Wochenende 31. Januar / 1. Februar 2004 von der Polizei die Verwüstungen festgestellt. Hier wurden 16 Grabsteine geschändet, 14 davon umgeworfen und zwei beschädigt. Kaum wurde mit der Spendensammlung begonnen, wurden auch die Jüdischen Friedhöfe in Walldorf und Schwarztaubitz mit erheblichen Schäden und der Jüdische Friedhof in Erfurt mit kleineren Schäden angegriffen.

Im Judentum ist ein Friedhof ein Ort ewiger Ruhe. Friedhofsschändungen sind ein Angriff auf die Toten, aber sie sind auch ein Signal an die Lebenden. Sie sollen zeigen, dass Juden auch im Tod keine Ruhe haben sollen. Sie wollen verletzen und bedrohen.

Wir sind zutiefst davon beschämt, dass in unserer Mitte derartige Schandtaten verübt wurden. Wir können die Taten nicht ungeschehen machen, aber wir können unsere Abscheu gegen die Schänder und unsere Solidarität mit den jüdischen Bürgern zeigen. Wir setzen ein Zeichen gegen Antisemitismus.

Vorläufige Schätzungen haben ergeben, dass alleine durch die Schändungen der Friedhöfe in Sondershausen, Gotha und Walldorf ein Schaden von ca. 35.000 Euro entstanden ist.

Am 30. Juni 2004 konnten der Jüdischen Landesgemeinde 5.042,67 Euro aus der Spendensammlung übergeben werden. Seitdem wurden weitere 1.000 Euro gesammelt. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen zu weiteren Spenden auf, damit die Grabstätten wiederhergestellt werden können. Wir werden den gesammelten Betrag der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen übergeben.

SPENDENKONTO:

Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt, Konto-Nr. 106518060

BLZ 82064038, VR Bank Westthüringen eG

Verwendungszweck: "Jüdische Grabstätten"

Spenden können steuerlich geltend gemacht werden, für Spendenquittungen bitten wir um Angabe der Adresse auf dem Überweisungsträger.

Initiatoren: Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt Gotha und Landkreis, Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus, Initiative gegen das Vergessen, KommPottPora e. V., Naturfreundejugend Gotha, Gothaer Friedenskreis, Kreisverband PDS Gotha, Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Gotha, MOBIT e.V. (Trägerverein Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen), Netzwerkstelle im Kyffhäuser-Kreis ProDeTo (Projekt für Demokratie und Toleranz)

Kontakt: Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt Gotha und Landkreis, Postfach: 100 330, 99853 Gotha, gotha-gegen-rechts@gmx.de

Für Nachfragen und zur Kontaktvermittlung zu den Initiatoren steht Ihnen das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen MOBIT unter der Telefonnummer 03621-228696 zur Verfügung.

Initiativkreis langjährig geduldeter Flüchtlinge in Thüringen

C/o Kurdisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V., Rosengasse 5b, 99084 Erfurt



Am 23. Oktober 2004 fand eine erste Zusammenkunft langjährig geduldeter Flüchtlinge statt. Etwa 10 Familien kamen zusammen und berichteten über ihre Lebenssituation in Thüringen und über zahlreiche rechtliche wie soziale Probleme. Diese reichen von der konkreten Bedrohung mit Abschiebung über die Verweigerung der Erteilung einer Arbeitserlaubnis zur Aufnahme einer Ausbildung bis zu Schwierigkeiten für Familien nach einem Jahrzehnt aus der Gemeinschaftsunterkunft in eine Wohnung umziehen zu können.

Nachdem die Vor- und Nachteile des neuen Zuwanderungsrechtes, das am 1. Januar 2005 in Kraft tritt erörtert wurden, kamen die Anwesenden überein in einem ersten Schritt ein Abschiebemoratorium bis nächstes Jahr zu fordern, um den Familien den Zugang zu der neueingerichteten Härtefallkommission zu ermöglichen.

Hierzu soll ein gemeinsames Schreiben an den Ministerpräsidenten, den Innenminister und die Fraktionen im Landtag verfasst werden.

Weiterhin einigten sich die Betroffenen darauf, noch im November eine Pressekonferenz zu organisieren, auf der ihre Situation und ihre Forderungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollen.

Jede Familie wurde gebeten bis zum nächsten Treffen eine kurze Darstellung ihrer Lebensgeschichte und derzeitigen Situation auf kurdisch, türkisch oder deutsch anzufertigen.

Bis zum nächsten gemeinsamen Termin findet zusätzlich eine Zusammenkunft der Frauen und Kinder statt. Alle Anwesenden kamen überein noch weitere langjährige geduldete Familien zur Mitarbeit zu ermuntern und auch den Kreis der unterstützenden Organisationen und Personen zu erweitern.

EINLADUNG

Zweite Versammlung der langjährig geduldeten Familien
in Thüringen und UnterstützerInnen:

am 13. November 2004 um 15.00 Uhr

im Redroxx, Pilse 29, 99084 Erfurt

Programm:

1. Information zur aktuellen Situation und zur Härtefallkommission
2. Diskussion und Verabschiedung des gemeinsamen Briefes an die politisch Verantwortlichen
3. Vorbereitung Pressekonferenz
4. Wie kommen wir mit potentiellen UnterstützerInnen (Anwaltsorganisationen, Kirche, Gewerkschaften, etc.) in Kontakt?

FORUM 1

Fußball und Nationalismus – zwei Seiten einer Medaille?

Mit Gerd Dembowski, Autor "Tatort Stadion"

Bündnis Aktiver Fußballfans e. V. - Football Against Racism in Europe

Tatort Stadion: Rassismus und Diskriminierung im Fußball

Einleitung

Fußball ist ein massenwirksames Ereignis: Millionen Menschen spielen selbst, Millionen verfolgen Fußball im Stadion oder am Bildschirm. Vielleicht noch in der Kirche versammeln sich Woche für Woche so große Menschenmassen an einem Ort. Kein Wunder, dass neonazistische Gruppierungen seit den 80er Jahren immer wieder versuchen, Fan- und Hooliganszenen zu unterwandern, um Nachwuchs zu rekrutieren. Politische und persönliche Konflikte werden auf Minderheiten als Sündenböcke projiziert. An ihnen kann verfolgt und bekämpft werden, was eigentlich an sich selbst verurteilt wird.

Neonazis bieten einfache, aber barbarische "Lösungen" an, gaukeln Übersichtlichkeit und Eindeutigkeit vor. Damit finden sie bei jugendlichen Fußballfans Gehör. Während die Grenzen in der Europäischen Union verschwunden sind und die Globalisierung voranschreitet, beginnen viele Menschen sich auf Regionalismus und Nationalismus rückzubesinnen. Sie beziehen sich auf Hautfarbe oder ethnische Besonderheiten - und sind "stolz, ein Deutscher zu sein", obwohl sie nichts dafür können, dass sie in Deutschland geboren sind.

Fanszenen und Stadionkurven sind kein großer brauner Sumpf, doch die Verwirrung ist groß: Die gewaltorientierten Hooligans sind nicht per se Neonazis und umgekehrt. Skinheads nicht per se Neonazis und umgekehrt. Als beispielsweise Duisburger Hooligans vorschlugen, die "Kinder-Glatzen" aus dem Wedau-Stadion zu jagen, herrschte nur wenige Tage später Verbrüderung: Mit Sprechchören wie "Wir sind wieder einmarschiert" und "Frankreich-Überfall" zogen sie bei einem UI-Cup-Spiel 1998 gemeinsam durch das französische Auxerre.

In manchen Fanszenen gibt es personelle Überschneidungen zwischen Hooligans und Neonazis. Oder es ergeben sich Situationen, in denen eine diffuse Solidarisierung entsteht - nicht selten mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner: Gewalt. Aber Hooligans provozieren nicht nur gern mit diskriminierenden Sprüchen. Die Verbindung zu Neonazis liegt im chauvinistischen, oftmals nationalistischen Weltbild, im aggressiven Härteideal und in der Männerbündelei. Ähnlich wie neonazistische Skinheads sind Hooligans das ungeliebte Zerrbild einer "Erfolgsgesellschaft".

Beide Gruppierungen verbindet eine Brutalität, die oftmals durch die Sprache der Presse und des Fernsehens oder durch das Verhalten einzelner Spieler, Trainer und Funktionäre gespiegelt wird. Der Gegner wird ausgeschaltet, vom Platz gefegt, nieder- oder kampfunfähig gemacht. Spieler sind Leitwölfe und Zerstörer, hart und kaltblütig, die "sich den Arsch aufreißen" (Lothar Matthäus), um mit der Brechstange und "Granaten" aufs Tor um jeden Preis zu siegen. Klaus Kocks, PR-Manager bei VW, ist im Wirtschaftskrieg lieber "eine Art Hooligan der feineren Stände" ("Süddt. Zeitung") als "Muckefuck-Trinker". Ebenso kämpft Leo Kirch als Medien-Hooligan mit rücksichtsloser Ellenbogenmentalität für ein Monopol der Fußball-TV-Rechte. Alle zusammen setzen sich mit ihren Mitteln, Möglichkeiten und einfachen "Wahrheiten" gnadenlos gegen potentielle Konkurrenten durch, im Notfall bis zur Vernichtung.

Nicht nur Medien, Funktionäre, Trainer und Spieler können als Beschleuniger von rechten Ressentiments und Gewalt wirken, sondern auch die Tagespolitik. Es entsteht eine Wechselwirkung.

So wie die Beschneidung des Asylrechts durch Innenminister Manfred Kanther Ende der 90er Jahre und ihre rigorose Fortführung durch seinen Nachfolger Otto Schily den gesellschaftlich tolerierten Alltagsrassismus verstärken, hatte vor dem Türkei-Länderspiel 1983 der Berliner Innensenator Heinrich Lummer Öl in Feuer gegossen. Angelehnt an die Bonner "Rückführungskampagne" hatte er die Lo-

sung "Berlin muss deutsch bleiben" ausgelobt und behauptet, der Unterschied zwischen Türken und Deutschen beginne schon beim Geruch. Bis heute werden "Ausländer" zunehmend danach beurteilt, ob sie nützlich für "das Land" sind.

Solche Politik ist das Schmierfett im Getriebe der Fremdenangst und des Rassismus in Deutschland. Mitläuferische, vor allem jugendliche Fußballfans können sich so durchaus als vollstreckende Speerspitze der Gesellschaft fühlen. In vielen Fällen können sie sich rechtfertigen, lediglich das offen auszusprechen und umzusetzen, was "die da oben" oder sogar Familien am Küchentisch verbreiten.

Der allgemeine Rechtsruck seit der Wiedervereinigung hat mit offenem Nationalismus und neoliberalen Krisenstrategien bis heute zur Etablierung einer rechten Jugendkultur geführt. Nach neonazistischen Ausschreitungen deutscher Hooligans beim Länderspiel Polen - Deutschland 1996 bestätigte Frederik Holtkamp, damaliger Polizeisprecher der "Zentralen Sammelstelle Sport", in der "Frankfurter Rundschau": "Das sind im Grunde genommen keine Probleme der Polizei, sondern der Gesellschaft. Wir stehen nur am Ende der Kette und müssen für die Dinge gerade stehen, die durch die Politik verursacht werden."

Tatort Stadion ist - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - ein erster Versuch, Rassismus und Diskriminierung im deutschen Fußball in ihren Tendenzen, Kontinuitäten und ihrer Militanz nachzuzeichnen. Tatort Stadion ist ein Beginn sozialhistorischer Aufarbeitung, die eine ständige Fortschreibung erfordert. Tatort Stadion greift aber auch Gegenbewegungen in den Fanszenen, Vereinen und Verbänden auf. Faninitiativen und Fanzeitungen zeigen kreative Alternativen auf, wie antirassistisches und antidiskriminierendes Engagement in Stadien aussieht und der menschenverbindende Charakter des Fußballs genutzt wird.

Ziel von Tatort Stadion ist es, Fußballfans, Interessierte und besonders Jugendliche; aber auch Verbände, Vereine und die Öffentlichkeit für das Problem von Rassismus und Diskriminierung in den Stadien weiter zu sensibilisieren. So kann eine Grundlage geschaffen werden, rassistische und rechtsextreme Strömungen in den Fankurven effektiv zu bekämpfen.

Nationalteam - Schmelztiegel Nationalelf

Die deutsche Nationalmannschaft ist der Anziehungspunkt schlechthin für Fans, die diskriminierende Parolen brüllen und Nazi-Symbolik ins Stadion tragen. Eine Mischung aus Provokation, Gewaltbereitschaft und rechten Strukturen nutzt die Plattform Länderspiel öffentlichkeitswirksam für ihre Interessen. Situationsabhängig finden neonazistische Gruppen und Provokateure, die der Fanszene durchaus nahe stehen, in Teilen des Publikums Zustimmung und Mitläufer. Wie sich in den dazugehörigen Fanzines und auf Internetseiten erweist, stellen Spiele der deutschen Nationalmannschaft einen bevorzugten Sammelpunkt dar. Hooligans der verschiedenen Ligavereine schließen zu Länderspielen ihren Burgfrieden, um gemeinsam zu agieren. Exemplarisch für die Qualität der Ausschreitungen stehen die Ereignisse von Zabrze und Lens.

Wochen vor dem Spiel in Lens gab die Gruppe "Siegener Bärensturm" auf ihrer Homepage im Internet bekannt: "... freuen uns auf gepflegte Games anlässlich des Frankreich-Überfalls" - ein klarer Bezug zum Frankreich-Feldzug der deutschen Wehrmacht unter Nazi-Führung im 2. Weltkrieg. Solche Parallelen wurden auch schon von anderen Fanclubs zur Europameisterschaft in Frankreich 1984 szenenwirksam hergestellt. Der "Bärensturm" ist ein Fanclub der Sportfreunde Siegen und durch personelle Überschneidung zur militanten "Sauerländer Aktionsfront" Bindeglied zur bundesweiten Neonazi-Szene.

"Mit der Reichskriegsflagge in der Hand" ("Süddt. Zeitung") mischten sich ca. achtzig Neonazis bereits am Vortag des Spiels in Lens unter die ca. 700 Hooligans und steigerten das Zusammengehörigkeitsgefühl über Sprechchöre wie "Wir sind wieder einmarschiert" bis "Hier marschiert der nationale Widerstand". Kaum jemand distanzierte sich. In Lens fanden randalegeile Hooligans, rechte Hooligans, organisierte rechte Skinheads und diverse Mitläufer ihren kleinsten gemeinsamen Nenner: Gewalt.

Deutsche Nazis waren in Lens mit französischen Kameraden verabredet, die für sie Übernachtungsplätze organisierten. Fanprojektler berichteten beispielsweise von zwei in Reichskriegsflaggen gehüllten deutschen Skinheads und einem Hooligan im "Blut und Ehre"-Shirt, die von ihren "Kameraden in Arras" im Auto abgeholt wurden. Am Spieltag begannen organisierte Neonazis auf der "Straße des Friedens" offensiv damit, deutsche Fans anzustacheln: "Jetzt könnt ihr beweisen, dass ihr Deutsche seid..."

Nach gemeinsamen Aufmärschen mit Neonazis verletzten deutsche Hooligans den französischen Polizisten Daniel Nivel lebensgefährlich. Einer der Täter, Frank Warnecke, ist als Neonazi in Hannover bekannt.

Rechte Unterwanderung - Immer auf Kameradenfang

"Wir beobachten, dass in Deutschland die Zuschauerränge ein reichhaltiges Betätigungsfeld für Neonazis sind. Auch in Deutschland nehmen in den letzten Jahren ausländerfeindliche Parolen zu, und von daher unterscheiden wir uns gar nicht so sehr von dem, was in Italien passiert." (Gunter A. Pilz, 2001)

Auf die Frage, wo er rechte Gesinnungsgenossen rekrutiere, antwortete 1983 der mittlerweile verstorbene ehem. Bundeswehrleutnant Michael Kühnen, zuerst Anführer der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten" ("ANS/NA"), danach der "Freiheitlichen Arbeiterpartei" ("FAP"): "Unter Skinheads und Fußballfans, die uns sehr helfen, aber politisch noch nicht ganz zu uns gehören."

Im Rundbrief "Die Innere Front" rief er zum Kampf um die Stadionkurve auf. Die Hamburger "ANS"-Kameradschaft hatte den Auftrag, "den Einfluss unserer Bewegung auf Skinheads, Fußballfans usw. auszudehnen, und trägt die Hauptlast im Kampf gegen unsere militanten Gegner in Hamburg."

Die Unterwanderungsversuche neonazistischer Gruppierungen in den Fanszenen deutscher Fußballstadien zeigten sich in der Öffentlichkeit erstmals am 1. Mai 1982 anlässlich des DFB-Pokalendspiels Nürnberg gegen Bayern in Frankfurt/M. Unter "Sieg Heil!"- und "Kanaken Raus!"-Rufen attackierten 250 Fußballfans verschiedener Vereine gemeinschaftlich die Mai-Kundgebung des DGB.

Anlässlich des ersten toten Fans bei Fußballausschreitungen in Deutschland (Bremen-Fan Adrian Maleika, nach Steinwürfen von HSV-Fans, 1982) diagnostizierte der "Spiegel": "Immer häufiger erweist sich Gewalttätigkeit als politisch motiviert, sind auf den Rängen Rechtsextremismus und Rassenhass im Spiel." In einem Zwischenbericht bestätigte das Fan-Projekt Bremen 1983: "Nazistische Problemlösungsmodelle scheinen viele Jugendliche heute zu faszinieren; auch die Fußballfans sind hiervon nicht ausgenommen."

Bis heute operieren Rechtsradikale unter Fußball-Fans mit Sündenbockmustern, indem sie Minderheiten für politische und soziale Schwierigkeiten verantwortlich machen. Mitglieder und Sympathisanten neonazistischer Organisationen verteilen häufig ihre Propaganda offen vor den Stadien und verdeckt in den Fanblöcken: Wahlwerbung, Aufkleber, Fanzines, Einladungen zu Kameradschaftsabenden usw. In der gezielt gewählten Männerwelt Fankurve verwurzelt sie somit Rassismus, Nationalismus, Sexismus. Nazi-Sprüche werden aufgegriffen und in der Masse mitgegrölt, Aufkleber vor Ort verwendet, Nazi-Symbolik zur Schau gestellt.

Beispielhaft für Unterwanderungsversuche ist das Länderspiel Deutschland - Türkei 1983. In Flugblättern wurden Fans aufgefordert: "Am 26. Oktober steht dem Deutschen Volke der Kampf gegen das stinkende Türkenpack bevor. (-) Hinter diesem Spiel steht besonders der Kampf der Deutschen um Arbeitsplätze im eigenen Land und der Wille eines Jeden in Deutschland, unter deutschen Landsleuten zu leben und nicht mit ansehen zu müssen, wie eine immer größer werdende Ausländerzahl die Zukunft eines starken Deutschland gefährdet. Wir - zum Teil jugendliche Fußballfans - müssen uns erheben und gemeinsam Front machen gegen die Ausländerschwemme (speziell Türken) in Deutschland. (-) Nur Gewalt kann uns noch befreien. Werft die Ausländer raus aus Deutschland. (-) Egal welcher Verein: Auf nach Berlin, am 26.10. zum Kampf gegen die Kanaken!"

Die "ANS/NA" stimmte ein: "Ausländer raus, bevor der Volkszorn erwacht." Dieses Spiel war Auftakt ständiger Mobilisierungen eines rechten Mobs zu Spielen des deutschen Nationalteams. 1984 sollte zur EM Frankreich überfallen, bei der hiesigen EM 1988 das Vaterland verteidigt werden.

Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels in Folge der Wiedervereinigung mit ihren ausgeprägten Nationalismen bewegte sich auch die Stimmung in den Fanszenen vielerorts weiter nach rechts: "Wir sind wieder wer!" In den Stadien gehörte die Reichskriegsflagge zum Repertoire vieler Fankurven. Fanzines arbeiteten offen mit neonazistischer Symbolik. Rechtsradikale Hooligans und Fans griffen Menschen nichtdeutscher Herkunft, Obdachlose und sog. "linke Zecken" im Umfeld von Fußballspielen an. Im rechten Fahrwasser sah der "Spiegel" 1990 auch in ostdeutschen Kurven "wachsende Begeisterung für faschistische Parolen."

Bis heute etablierte sich eine neue rechte Jugendkultur, die sich auch im Stadion sammelt und weiterhin schleichenden Rekrutierungsversuchen von Neonazis unterliegt. "Es ist ,in' rechts zu sein", stellte der Düsseldorfer Fan-Projektler Dirk Bierholz in einem Interview mit der "Neuen Ruhr-Zeitung" im August 2000 fest. "Offen martialisches Auftreten ist wieder in Mode."

Hierbei drückt sich rechte Symbolik in ständig wechselnden Codes aus, um z. B. die Stadionordner zu täuschen. Aber auch eindeutige Parolen sprechen für Vernetzungen mit Antisemitismus und organisierten Strukturen: "Wir bauen eine U-Bahn von XY nach Auschwitz", wobei wahlweise der gegnerische Verein eingesetzt wird, oder "Hier marschiert der nationale Widerstand".

FORUM 2

Workshop: Antisemitische Debatten um den Nah-Ost-Konflikt – Was tun in der Bildungsarbeit?

Mit Barbara Schäuble, „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“

Doppelte Standards

Ein Gespräch mit Michael Walzer über neuen Antisemitismus und linke Israel-Kritik

Frankfurter Rundschau: In den letzten Jahrzehnten erschien Antisemitismus als Relikt einer barbarischen Vergangenheit. Seit einigen Jahren steigen jedoch antisemitische Übergriffe in Europa an, in der islamischen Welt florieren antisemitische Ideologien, und es gibt eine neue Debatte über die Frage, ob eine bestimmte Kritik an Israel antisemitisch motiviert ist. So erscheint Antisemitismus nicht mehr als Problem einer noch nicht ganz "bewältigten" Vergangenheit, sondern als neuartiges Problem der Gegenwart. Was ist da schiefgelaufen?

Michael Walzer: Neben dem rechten Antisemitismus gab es immer auch eine linke Kritik des Zionismus und des Staates Israel, und zwar seiner Existenz, nicht seiner Politik. Obwohl sie mit dem Anspruch auftrat, aufgeklärt zu sein, ließ sich diese Kritik nur sehr schwer verstehen. Denn sie hatte kaum Ähnlichkeit mit dem, was dieselben Linken über alle anderen Nationalismen und alle anderen Nationalstaaten sagten.

In letzter Zeit ist diese Abneigung in Verbindung gebracht worden mit einem islamischen Radikalismus, der explizit feindselig gegenüber jüdischer Politik ist, ja, gegen Juden überhaupt. Der Ausdruck "in Verbindung gebracht" mag vielleicht etwas zu stark sein. Man könnte präziser sagen, dass der Judenhass der islamischen Radikalen von Teilen der europäischen Linken toleriert oder entschuldigt wird. Islamischer Antisemitismus und palästinensischer Terrorismus werden als legitime, wenn auch leicht überzogene Antwort auf die Besetzung der Westbank und des Gazastreifens und auf die Siedlungspolitik rechtsstehender israelischer Regierungen gesehen. Tatsächlich aber negieren beide die Legitimität nicht nur der Besetzung, sondern des israelischen Staates insgesamt - was sie, soweit ich sehe, bei keinem anderen Staat tun.

FR: Ein Vorwurf gegen Israel lautet, dass es eine imperialistische und kolonialistische Siedlung sei. Zumal die linke Kritik oft in einem antiimperialistischen Kontext steht. Muss man nicht die Identifikation der Linken mit den Palästinensern in diesem Zusammenhang sehen - die Vorstellung von den Palästinensern als Opfern westlicher Vorherrschaft?

Walzer: Man kann so argumentieren, zweifellos. Obwohl der genaue Verlauf jüdischer - und arabischer - Immigration nach Palästina, die Rolle der Briten oder die dort herrschenden ökonomischen Bedingungen umstritten sind.

Heute jedenfalls leben etwa fünf Millionen Juden in Israel, die meisten sind dort geboren. Jede angemessene Lösung muss von diesem Faktum ausgehen. Die Juden wurden aus Europa vertrieben, und die Palästinenser sind in gewissem Sinn Opfer des europäischen Antisemitismus. Doch in der Geschichte des Nahostkonflikts gab es mehrere Schlüsselmomente, in denen ein palästinensischer Staat hätte entstehen können. Wenn die Palästinenser auch weiterhin Opfer sind, dann ist dafür zu einem großen Teil die Politik ihrer nationalen Befreiungsbewegung verantwortlich. So wäre die Kritik der PLO ein nützlicher Ausdruck eines linken Engagements für das Wohlergehen der Palästinenser.

FR: Was Sie beschreiben, ist ein Doppelstandard: Man fordert mehr von Israel, als man von anderen fordert. Liegt das nicht vor allem daran, dass Israel Teil der westlichen Welt ist?

Walzer: Ich denke nicht, dass der gleiche Standard auf andere westliche Demokratien angewandt worden ist. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass irgendein europäischer Linker während des Algerienkriegs die Legitimität Frankreichs in Frage gestellt hätte. Aber stellen wir das mal beiseite. Der Standard für Israel ist zu recht hoch. Wer diesen Standard anwendet, muss aber anerkennen, dass zwar Israel ein demokratischer, die Menschenrechte respektierender Staat ist, dass aber die benachbarten arabischen Staaten, einschließlich des entstehenden Staates Palästina, dies nicht sind. Und das hat Konsequenzen für die Art von Kompromissen, die man von Israel erwarten kann.

FR: Hat der Fokus auf Israel nicht auch etwas mit der neuen Moralität globaler Politik zu tun? Eine moralische Perspektive tendiert dazu, zwischen "Opfern" und "Tätern" zu unterscheiden. Die Palästinenser erscheinen als perfekte Opfer. Und für Opfer zu kämpfen ist das klassische Anliegen der Linken.

Walzer: Nein, das klassische Anliegen linker Politik ist der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Verfolgung und Ungerechtigkeit. Bei der Politik des Opfers, beim Wettbewerb, wer das "perfekte" Opfer ist, handelt es sich um eine neue Form von Politik, die übrigens nicht sehr attraktiv ist. Der jüdische Historiker Salo Baron hat einmal die "weinerliche" Sicht der jüdischen Geschichte kritisiert, eine Version, die diese in eine lange Erzählung des Opferseins verwandelt. Die palästinensische Variante dieser Erzäh-

lung verdient eine ebensolche Kritik. Probieren wir es doch einmal mit einer etwas provokanten Analogie. Stellen wir uns vor, nach dem Zweiten Weltkrieg seien die deutschen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und aus Polen dauerhaft in Lagern untergebracht worden, weil man ihnen die Eingliederung verweigert hätte. Wenn diese Flüchtlinge dann über ein halbes Jahrhundert in Lagern gehalten worden wären: Wessen Opfer würden diese Flüchtlinge sein? In welchem Zustand würde sich deutsche Politik heute befinden? Wie wären die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen? Die arabischen Staaten haben 1948 den Krieg begonnen, gegen den Teilungsbeschluss der UN. Sie haben sich anschließend geweigert, die Flüchtlinge einzugliedern, und sie haben jeden Versuch der UN, die Flüchtlinge aus den Lagern herauszubekommen, abgelehnt. Wessen Opfer also sind die Palästinenser?

FR: Nicht wenige halten Israel für eine Art Außenposten der USA. So könnte ein anderes Motiv der Kritik an Israel die Abneigung gegenüber Amerika sein.

Walzer: So seltsam es klingt - ich fände es tröstlich, wenn antiisraelische Politik in Wahrheit nichts anderes wäre als antiamerikanische Politik. Doch wenn die Anhänger dieser Politik auch glauben, dass die USA von jüdischen Interessen beherrscht werden, dann handelt es sich um klassische Antisemiten. Und das wiederum ist nicht tröstlich. In jedem Fall ist die Vorstellung von Israel als amerikanischer "Außenposten" ein schlechter Witz. Wenn die USA im Nahen

und Mittleren Osten hegemoniale Interessen haben - was sie meiner Ansicht nach haben -, dann machen es die Existenz Israels und Amerikas Unterstützung für Israel viel schwieriger, diese Ambitionen zu verwirklichen. Was für eine Art von Außenposten soll das sein? Wenn wir wirklich rücksichtslose Imperialisten wären, dann hätten wir Israel schon vor langer Zeit aufgegeben.

Interview: Ulrich Speck

Frankfurter Rundschau, 27.10.2004

Buchtipp:

"Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte", herausgegeben von Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznajder, Edition Suhrkamp. Weitere Beiträger des Bandes sind Omer Bartov, Tony Judt, Judith Butler, Daniel Jonah Goldhagen, Antony Lerman, Alain Finkielkraut, Ulrich Beck, Thomas Haury, Gerd Koenen, Jeffrey Herf, Andrei S. Markovits, Ian Buruma, Robert Wistrich, Matthias Küntzel, Moshe Zimmermann und Dan Diner. Im Buch ist auch die Langfassung des hier abgedruckten Gesprächs mit dem in Princeton lehrenden politischen Philosophen Michel Walzer enthalten.

Aus: Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. (<http://baustein.dgb-bwt.de/C2/DieDeutschen.html>)

Antisemitischer Antisraelismus: Israel als jüdisches Kollektivsubjekt

Bereits in den 80er Jahren entsteht eine weitere Form des Antisemitismus, die sich darüber rechtfertigt, selbst eine Schlussfolgerung aus dem Holocaust zu sein. Sie behauptet, aus einer besonderen deutschen Sensibilität und einer intensiven Auseinandersetzung mit Menschenrechten heraus Juden vor Rassismus warnen oder gar an der Realisation eines "Völkermordes an den Palästinensern" hindern zu wollen. Eine besondere Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf den Staat Israel. Dessen jüdische BewohnerInnen und alle außerhalb Israels lebenden Juden und Jüdinnen werden zu einem Kollektivsubjekt homogenisiert, das für die Politik Israels verantwortlich gemacht wird. Indem man Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichsetzt, wird die deutsche historische Verantwortung für die Verfolgung der Juden verkleinert. Die Deutschen, "die aus ihrer Geschichte gelernt haben", werten sich selbst zu den moralisch besseren Menschen auf - sie kennen sich aus mit Völkermord.

Aber auch andere, auf christlich-antijudaistische oder moderne antisemitische -Traditionen zurückgreifende Bilder prägen die Nahost-Berichterstattung in Deutschland: Antisemitische Charakterisierungen von Sharon oder den Israelis, Anspielungen auf die biblische Geschichte und das Alte Testament zur Charakterisierung des Geschehens in Israel, eine extreme Personalisierung, Israel als kapitalistisch-imperialistischem Statthalter der USA, die Übernahme palästinensisch-völkischer Ideologien. Oft wird behauptet, das Verhalten "der Israelis" rufe einen neuen Antisemitismus hervor. Es ist jedoch nicht das Geschehen im Nahen Osten, das den Antisemitismus verursacht, sondern es ist der Antisemitismus, der dem Nahostkonflikt eine bestimmte Interpretation auferlegt.

FORUM 4

Vom "faulem Polen" zu "Florida-Rolf" - Sozialneid, Arbeit und Rassismus

Mit Michel Raab und Mario Rund

Um gesellschaftlichen Problematiken und Missentwicklungen zu begegnen, ist es notwendig, deren Ursachen zu analysieren.

Bequemer geht's aber, wenn man den unbeherrschbaren Prozessen, der Globalisierung oder den gesellschaftlichen Gruppen mit schwacher Lobby Verantwortung zuweist.

So hat man an der Situation nichts geändert, aber das angenehme Gefühl, zu den Guten zu gehören. Besonders häufig trifft die Zuweisung Menschen, die nicht zum deutschen Kollektiv dazugehören wollen oder sollen, z.B. Flüchtlinge oder Juden.

Da sich diese Mechanismen besonders deutlich in der "Arbeitswelt" darstellen, wollen wir die dortigen Verhältnisse zum Ausgangspunkt unserer Diskussion nehmen. Ein kleines "Berufe-Raten" soll uns dabei helfen.

Welche Auswirkungen die Arbeitswelt auf das Bewusstsein und das Handeln der abhängig Beschäftigten haben kann, werden wir nicht in Referaten darlegen, sondern wollen mit Ihnen es in einem Planspiel ausarbeiten und gemeinsam daraus Konsequenzen ziehen und konkrete Verabredungen für konkrete Aktivitäten diskutieren.

Ohne Regeln geht es nicht

Stoppt Lohndumping
und illegale
Beschäftigung.



Meldestelle Lohndumping und
illegale Beschäftigung:
0800 4422802 (gebührenfrei)

Stoppt Lohndumping. Weniger als Mindestlohn ist unanständig.

Was genau ist Lohndumping?

Dumping ist, wenn der Arbeitgeber Sozialbeiträge nicht oder nur teilweise bezahlt. Wenn er keine Steuern zahlt oder keine Beiträge an die Sozialkasse des Baugewerbes (SOKA-BAU) abführt. Das merkst du erst, wenn Sozialleistungen fällig werden.

Andere Formen des Lohndumpings machen sich aber sofort in deinem Portemonnaie bemerkbar. Zum Beispiel, wenn der Arbeitgeber untertarifliche Löhne zahlt oder sich um Auslöse, Fahrtkostenerstattung oder Verpflegungszuschuss drückt.
Stoppt Lohndumping! Überall!

Bringen wir morgen noch genügend Geld nach Hause? So oder ähnlich fragen sich viele unserer Kollegen Tag für Tag. Die Angst um den Arbeitsplatz ist groß.

Jeder konkurriert mit jedem: Kollegen aus Sachsen-Anhalt konkurrieren mit denen in Niedersachsen, Thüringer mit Hessen oder Bayern, Mecklenburger mit Hamburgern.

Am schlimmsten trifft es diejenigen, die der hiesigen Sprache nicht mächtig sind.

Lasst uns diese Konkurrenz in Solidarität verwandeln!

Du darfst nicht den Mund halten, wenn der Kollege neben dir weniger bekommt als du. Damit sicherst du deinen Arbeitsplatz nicht, sondern im Gegenteil, du setzt ihn aufs Spiel.

Ein mutiges Auftreten gegen Lohndumping ist keine Denunziation. Eine falsche Solidarität unter dem Motto „Ich verpfeife doch meinen Kollegen nicht“ bringt uns keinen Schritt weiter.

Sprecht mit den Kollegen! Macht ihnen Mut, dass sie ihren Tariflohn/-gehalt einfordern!

Erstens: Wenn wir Lohndumping, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit verhindern, nehmen die staatlichen Sozialversicherungsträger mehr Geld ein. Das macht auch deinen Arbeitsplatz sicherer.

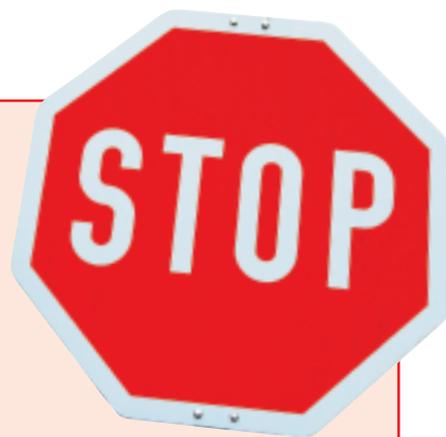
Zweitens: Wenn wir Lohndumping, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit verhindern, nimmt auch der Staat mehr Steuern ein. Damit bekommen Städte und Gemeinden mehr Geld für Investitionen, sie können Bauaufträge vergeben. Das sichert auch deinen Arbeitsplatz!

Zur Erinnerung: Jedes in der Bauwirtschaft beschäftigte Mitglied der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat grundsätzlich Anspruch auf Tariflohn, mindestens aber Anspruch auf den Mindestlohn. Der Mindestlohn für Facharbeiten (West 12,47 Euro, Ost 9,65 Euro) wurde geschaffen, um Lohndumping zu verhindern.

Weitere Informationen bekommst du bei deinem Bezirksverband. Ist der Bauarbeiter schlau, geht er zur IG BAU!

Stoppt Lohndumping ...

... weniger als Mindestlohn ist unanständig. Auf deutschen Baustellen muss wenigstens Mindestlohn gezahlt werden. Dumpingkonkurrenz vernichtet Arbeitsplätze. Lohndumping ist kriminell. Wir brauchen wieder saubere Verhältnisse im Wettbewerb. Ohne Regeln geht es nicht.



Ausgefüllte Beitrittserklärung senden an: IG Bauen-Agrar-Umwelt, VB VII, Olof-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt am Main.

Beitrittserklärung Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Straße		Telefon/Handy	
Postleitzahl, Ort		<input type="checkbox"/> beamtet	Nationalität (Autokennzeichen)
		<input type="checkbox"/> angestellt	(D), (E), (F), (GB), (I)
		<input type="checkbox"/> gewerblich	
tätig als	E-Mail	Nur für Auszubildende/ Ausbildung beendet:	
Gewerbebereich		Betrieb	
Tarif-Gehalt/Std.-Lohn	Teilzeit/Wochenstunden	Monatsbeitrag von	Die Beitragszahlung beginnt am
Mit der Unterschrift erkenne ich die Satzung der IG Bauen-Agrar-Umwelt an. Gleichzeitig ermächtige ich die IG BAU bis auf Widerruf, die von mir zu entrichtenden satzungsgemäßen Beiträge monatlich zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.			
Konto-Nr.		BLZ	
(Genauer Name und Bezeichnung der kontoführenden Bank)			
Ort und Datum		Unterschrift der/ des Eintretenden	
Aufnehmende/r (bitte deutlich lesbar schreiben)			

Die Daten werden nach den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes gespeichert.

Weitere Informationen gibt's bei den IG BAU-Bezirksverbänden vor Ort. Sie stehen mit Rat und Tat zur Seite!

www.igbau.de



Norbert Cyrus

Rechtlos auf Arbeit?

Die Wohlfahrtsverbände sollten ihren Mitarbeiter/innen bei der Arbeit mit „Illegalen“ Rücken- deckung geben

„Rechtlos auf Arbeit“. So nannte eine Tübinger Initiative vor einigen Jahren einen Bericht über die Lage von Menschen ohne Aufenthaltsrechte auf dem Arbeitsmarkt. Anhand drastischer Beispiele wurde einerseits die Ausbeutung von Menschen ohne Aufenthaltsrechte in der Schattenwirtschaft dargestellt.

Andererseits wurde aber auch gesehen, dass allein die Schattenwirtschaft diesen Menschen ein Überleben in der Illegalität durch eigene Arbeit ermöglicht. Gleichzeitig wurde auch bemerkt, dass mit schattenwirtschaftlichen Aktivitäten gerade die sozialen Standards unterlaufen und langfristig auch untergraben werden, die eigentlich gehalten und ausgebaut werden sollen.

Auch die meisten Leserinnen und Leser müssen wohl nicht lange suchen, um in ihrem Umfeld solche Arbeitsverhältnisse zu entdecken. Hier kennt man bei Bedarf einen Handwerker, der die Wohnung kostengünstig renoviert. Dort hat eine Bekannte schon lange eine unangemeldete Haushaltshilfe.

Aber im Grunde, so tröstet man sich vielleicht, hilft man diesen Menschen zu überleben und zumindest die Bezahlung ist angemessen – was immer das heißen mag. Und schließlich werden die Absprachen doch auch eingehalten, der vereinbarte Lohn tatsächlich ausbezahlt. Und das ist tatsächlich keine Selbstverständlichkeit in der Schattenwirtschaft.

Nur Abschiebung?

Es kommt jedoch nicht gerade selten vor, dass Menschen im Ausland mit falschen Versprechungen für eine Beschäftigung angeheuert und dann um ihren Lohn betrogen werden. In der Regel dringt ein solcher Lohnbetrug nicht an die Öffent-

lichkeit. Denn betrogene ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter ohne gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gehen davon aus, dass sie keinerlei Rechte haben und keinerlei gesetzlichen Schutz genießen.

Diese Annahme ist so nicht zutreffend, aber durchaus begründet: Wenn ein solches Arbeitsverhältnis bei Kontrollen aufgedeckt wird, folgt die Ausweisung auf dem Fuße. Dass da vielleicht noch Lohn für bereits geleistete Arbeit aussteht, ist für die Behörden nicht weiter von Belang. Rechtlos auf Arbeit eben. Die festgenommenen Arbeitnehmer sehen ihrerseits keine Veranlassung, mit den Behörden zu kooperieren. Sie haben schließlich nichts anderes zu erwarten als die Abschiebung.

Betrügerische Arbeitgeber machen sich das manchmal mit voller Absicht zu Nutze: Statt Lohn zu zahlen, werden die Behörden anonym informiert. Ergebnis: Abschiebung. Und für den Arbeitgeber? Wenn überhaupt, ein kleines Bußgeld. Weil der tatsächliche Umfang der illegalen Beschäftigung nicht ermittelt wird. Für Arbeitgeber rechnet sich die Rechtlosigkeit. Also machen sie weiter und suchen sich neue Opfer. Das Prinzip der ausbeuterischen Beschäftigung ist bekannt. Aber wie kann es durchbrochen werden?

Seit einigen Jahren versucht ein ‚Anlaufstelle‘ in Berlin, diesen Mechanismus zu durchbrechen. Das Projekt ‚Zapo‘ des Polnischen Sozialrat e.V. bietet für Menschen ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, die Opfer von Betrug auf dem Arbeitsmarkt wurden, Beratung und Unterstützung an. Zapo steht für: ‚Zentrale integrierte Anlaufstelle für Pendlerinnen und Pendler aus Osteuropa‘. Das Motto lautet: Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit stärken.

Ausgangspunkt für den verfolgten ‚unterstützenden Ansatz‘ ist die Feststellung, dass in Deutschland selbst Menschen ohne Aufenthaltsrecht arbeitsrechtliche Ansprüche haben und auch durchsetzen können. Völlig unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status be-

steht Anspruch auf Lohn für geleistete Arbeit. Juristisch heißt das ‚faktisches Arbeitsverhältnis‘.

Es ist auch möglich, diese Ansprüche bei den zuständigen Arbeitsgerichten einzuklagen. Denn nach § 2 Nr. 3a des Arbeitsgerichtsgesetzes findet im Rahmen der Zuständigkeitsprüfung keine Statusfeststellung statt. Betrogene Arbeitnehmer können sich zudem durch Dritte in dem Verfahren vertreten lassen. Insgesamt sind dies keine schlechten Voraussetzungen, um sich gegen Lohnbetrug zu wehren. Leider sind den Betroffenen diese Möglichkeiten kaum bekannt. Und wenn, dann können sie sich nicht vorstellen, dass sie diese Rechte auch tatsächlich in Anspruch nehmen können. Die Angst, abgeschoben zu werden, ist groß. Sehr groß. Zu groß.

Umso mehr Mut machen die Fälle, wo das Projekt Zapo betrogene Menschen ermutigen konnte, erworbene Ansprüche einzuklagen. Einer der vielen von Zapo betreuten Fälle: Das Arbeitsgericht Hannover urteilte am 15. Januar 2003 zu Gunsten einer illegal beschäftigten Haushaltshilfe ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis aus Polen. Infolge eines Arbeitsunfalls musste eine Fingerkuppe amputiert werden.

Der Arbeitgeber, eine Familie aus Lehrte bei Hannover, stritt ab, die Polen beschäftigt zu haben. Vielmehr habe sie als Mitglied einer Wohngemeinschaft Hausarbeiten verrichtet. Das Gericht bezeichnete diese Version als ‚wenig glaubwürdig‘ und verurteilte die Familie zur Zahlung des Lohnes, einer Entgeltzahlung im Krankheitsfall sowie Zinsen (Arbeitsgericht Hannover, Aktenzeichen 13Ca268/02).

Zusätzlich erkannte die zuständige Berufsgenossenschaft nach Bekanntwerden des Urteils eine Einschränkung der Erwerbsfähigkeit auf Grund des Arbeitsunfalls an und gewährte Teilrente. Rechtlicher Hintergrund dieser Entscheidung ist die Regelung, dass nur der Arbeitgeber Beiträge an die für Arbeitsunfällen zuständige Berufsgenossenschaft abzuführen hat. Es besteht somit ein Unterschied zu den anderen Versicherungen, in die auch die Arbeitnehmer selbst Beiträge abführen müssen.



Arbeitnehmer haben bei einem Arbeitsunfall in jedem Fall Anspruch auf Leistungen der Berufsgenossenschaft, denn ein Arbeitnehmer kann nichts für Versäumnisse, die allein beim Arbeitgeber liegen. Zumindest in Deutschland besteht die Möglichkeit, dass eine unangemeldete Haushaltshilfe für alle Fälle bei der Berufsgenossenschaft unfallversichert ist. Das geht ohne Angabe der Person. Allein der Arbeitsort, die Anzahl der beschäftigten Personen und die Wochenarbeitszeit müssen angegeben werden. Bis zu 15 Wochenstunden sind 45 €

pro Jahr fällig, über 15 Wochenstunden sind es 90 €. Auskünfte erteilt die zuständige Berufsgenossenschaft.

Ganz so rechtlos, so das Fazit, sind illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer also wohl doch nicht. Sie wissen es nur nicht. Die Stärkung von Rechtsicherheit und Konfliktfähigkeit tut Not. Damit würde die illegale Beschäftigung zumindest für ausbeuterische und betrügerische Arbeitgeber riskanter. Denn wenn betrogene Arbeitnehmer ihre Ansprüche rechtsstaatlich durchsetzen können, dann wird sich der Anreiz zur illegalen Beschäftigung gerade für diese ausbeuterischen Arbeitgeber verringern. Das wäre ein deutlicher Beitrag zur Reduzierung der ausbeuterischen Schattenwirtschaft insgesamt. Immerhin.

Ansonsten bleibt festzuhalten: Solange es die krassen Unterschiede zwischen den Ländern gibt, solange wird es illegale Beschäftigung von Ausländern geben. Denn die kurzfristigen finanziellen Vorteile sind für alle direkt beteiligten Seiten einfach zu attraktiv. Die Risiken gehen jedoch einseitig zu Lasten der Beschäftigten: Die Gefahr ist insbesondere bei Neuankömmlingen groß, um den Lohn betrogen zu werden. Bei Arbeitsunfällen und Krankheit wird vor Angst auf Aufdeckung des illegalen Aufenthaltes auf die Hilfe des Gesundheitssystems so lange wie nur möglich verzichtet. Und schließlich droht Altersarmut.

Solidarischer Umgang

In Anbetracht der kontraproduktiven Wirkungen von Kontrollen besteht ein solidarischer Umgang meines Erachtens darin, die Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit aller Arbeitenden zu stärken. Unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Denn Standards können nicht gegen, sondern nur mit Arbeitnehmern durchgesetzt werden.

Die Beratungsstellen der Migrationssozialarbeit können dabei eine wichtige Rolle spielen. Im Laufe einer Beratung berichten Klienten auch schon mal über

schlechte Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt. Aber da auch die Sozialberaterinnen zumeist keine Möglichkeit zur Unterstützung und Gegenwehr sehen, wird das Thema nicht vertieft.

Schließlich gehört es auch nicht zu den unmittelbaren Aufgaben, arbeitsrechtliche Probleme zu behandeln. Und oft besteht die Angst, dass ein Eintreten für Menschen ohne Aufenthaltsrechte nicht nur gegen geltende Gesetze verstoßen könnte, sondern auch der Auftrag der Einrichtung überschritten wird. Finanziert wird schließlich die ‚Integration‘ der rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer.

So bleibt eine Gruppe vor der Tür, die Hilfe und Unterstützung gerade am nötigsten hätte. Das ‚Empowerment‘ der vermeintlich Rechtlosen ist auch ein Beitrag zur Vermeidung der unseligen Spirale der Unterbietungskonkurrenz und zur Stärkung sozialer Standards für alle Arbeitnehmer, auch der Einheimischen. Denn Standards und Rechte können nicht gegen, sondern nur mit Betroffenen durchgesetzt werden. Das mag nicht besonders radikal klingen, eröffnet aber in anbetracht der dargestellten sozial und politisch verwickelten Situation eine Perspektive, um zumindest einen gesellschaftlichen Schritt in die richtige Richtung vorzunehmen.

Die Wohlfahrtsverbände könnten dabei vorangehen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bereich Rückendeckung geben; sie können fortbilden und öffentlich für die Stärkung von Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit eintreten. Es bleibt ein langer Weg. Weg von der Situation „rechtlos auf Arbeit“.

Ein Leitfaden für die Beratungspraxis „Durchsetzung von Lohnansprüchen bei fehlender Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis“ kann unter www.respect-netz.de/pages/durchsetz.htm abgerufen werden. Weitere Informationen: Polnischer Sozialrat e.V., Projekt Zapo, Oranienstr. 34, 10999 Berlin, Tel: 030/6151717 oder 6150909, Fax: 030/61659288. ■

WORKSHOP 6

Ziviler Ungehorsam - kreative Aktionen in der antirassistischen Arbeit

Mit Projektwerkstatt Saasen und Evangelische Jugend Thüringen/ Gotha

Inhalte

"Direct Action" ist eine Form kreativen Widerstandes, die wir als Teil gesellschaftlicher Intervention gegen Herrschaft und Verwertung sowie als Eröffnung von Diskussionen um visionäre, emanzipatorische Gesellschaftsformen verstehen. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handlungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung, versucht aber, Erstarrungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...) oder das Gegeneinander aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

Demos, Unterschriftensammlungen, Klagen usw. sind wichtige Mittel der Äußerung oder des Ausschöpfens rechtsstaatlicher Wege. Aber sie haben ihre Grenzen. Zum einen appellieren sie immer an die Mächtigen statt die Dinge selbst zu verändern oder zumindest zu demaskieren. Recht und Gesetz sind nicht zum Schutz des Menschen da, sondern die meisten Paragraphen dieser Welt beschäftigen sich mit Eigentums- und Staatsschutz. Zum anderen sind solche Aktionsformen oft sehr kommunikationsschwach. In einer diskursiv organisierten Gesellschaft, d.h. dort, wo Normen, Zurichtungen, Urteile usw. das Geschehen bestimmen, ist aber Kommunikation, das Brechen "normalen Denkens" und die Diskussion über Visionen entscheidend.

In diesem Workshops geht es darum, Aktionsformen und Methoden kennen zu lernen, zu entwickeln und - wenn gewünscht - auszuprobieren, die das eher schaffen: Kommunikation und/oder tatsächliche Störung der Normalität.

Solche "Direct Action" ist aber auch etwas anderes als nur mal hier eine Blockade oder da ein Steinwurf. Es ist eine Idee für eine Politikform, die nicht mehr nur Einzelnes angreift - aber auch mehr will als schwächliche Miniveränderungen innerhalb von umweltzerstörenden und menschenverachtenden Verwertungs- und Herrschaftsstrukturen. Direkte Aktion will die Köpfe erreichen. Und den Kopf benutzen.

Das erste Ziel einer direkten Aktion ist die Schaffung eines Erregungskorridors in der Gesellschaft: Aufmerksamkeit, Irritation, Freude oder Wut sind alles solche Formen. Wie das erreicht werden kann, ist vielfältig:

Kommunikationsguerilla, verdecktes Theater, Blockade von Castor-Zügen, Sabotage, Internet-Hacken usw. Wo die Erregung entsteht, ist dann Platz für politische Positionen und Visionen - aber auch deren Vermittlung will durchdacht sein.

Ideen für kreative Vermittlungsformen sind nötig.

Direkte Aktion ist alles drei: Die kreative, direkte Aktion, der entstehende Erregungskorridor und die politischen Positionen/Visionen.

Dabei können viele kreative Aktionsformen angewendet werden - und es ist ein Ziel, vieles davon einfach zu können ... um in der konkreten Situation viele Handlungsmöglichkeiten zu haben.

Im Workshop soll über direkte Aktionen geredet und an konkreten Beispielen gezeigt werden, wie Langeweile und Wirkungslosigkeit politischer Arbeit überwunden werden kann. Je nach Interesse der Teilnehmenden können Situationen geübt oder auch ganz konkrete Tipps ausgetauscht werden z.B. zu:

Aktionsformen:

- Straßentheater, verstecktes und Improvisationstheater
- Kommunikationsguerilla, Fakes und mehr
- Sabotage, kreative Militanz usw.
- Kreative Antirepression (Festnahmen, Personalienkontrollen, Gerichtsprozesse usw. zu Aktionen machen)
- Subversion

Als Beispiele sollen immer wieder Aktionsideen für die antirassistische Arbeit benannt oder entwickelt werden.

Wer macht den Workshop?

Der Workshop wird "angeboten" von Leuten aus der Projektwerkstatt in Saasen.

Deutsche Familienromane im „Neuen Deutschen Opferdiskurs“

Mit Marcel Müller

Wie wird in neueren deutschen Familienromanen an den Nationalsozialismus und den Holocaust erinnert? Gibt es in ihnen Ähnlichkeiten zur Auseinandersetzung mit diesen Themen in der Familie? Unterscheidet sich die Form der Auseinandersetzung von anderen „öffentlichen“ Formen – z.B. an Gedenktagen, in Schule und Bildung, in Gedenkstätten oder in öffentlichen Diskussionen zum Thema? Und wie lassen sich die oben genannten Romane in das einordnen, was hier „Neuer Deutscher Opferdiskurs“¹ genannt wird? Um auf diese Fragen Antworten zu geben und diese an zwei Beispielen zu erläutern, werden zunächst einige Thesen zur deutschen Erinnerungskultur nach 1990 vorangestellt, aus welchen sich die Voraussetzungen für die Beschäftigung mit deutschen Familienromanen als einer Form dieser Erinnerungskultur ergeben.

1. **Seit der Wiedervereinigung bemüht sich die Bundesrepublik um eine Normalisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Damit verbunden ist ein Prozess der intensivierte nationalen Identitätsbildung.** Anzeichen hierfür sind u.a.: zunehmender Antisemitismus (in Umfragen bei der Bevölkerung, in Übergriffen gegen Jüdinnen/Juden oder jüdische Einrichtungen), gesteigerter Rassismus (Pogrome gegen Asylbewerber/innen in den 90ern, staatliche Politik gegen Flüchtlinge), die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus (als Ausdrucksform eines sekundären Antisemitismus aus Erinnerungsabwehr²).

2. **Die wiedererlangte politische Souveränität wird dazu benutzt, „deutsche Interessen“ erneut aktiv in der Welt zu vertreten. Für das Eingreifen in internationale Konflikte wird dabei aus der nationalsozialistischen Erfahrung geradezu die Verpflichtung zum Handeln abgeleitet.** Erinnert sei hier an Forcierung von Separationsbestrebungen³ auf dem Balkan anhand völkischer Kategorien und die letztendliche Beteiligung am Kosovokrieg⁴. Jüngst wird dieser Anspruch deutlich im Drängen Deutschlands auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat⁵.

3. **Deutschland kämpft deshalb darum, als eine Nation „wie jede andere auch“ zu gelten – dabei wird die deutsche Geschichte stillschweigend oder offensiv relativiert. In diesem Zusammenhang tritt vermehrt die Rede über Deutsche als Opfer der Geschichte auf⁶. Diese Strategie wird nach außen angewendet⁷, aber vor allem nach innen postuliert.** Dies zeigen die vielen öffentlichen Diskussionen über die Deutschen als Opfer – z.B. in Jörg Friedrichs Buch über die Bombardierungen der Alliierten⁸ oder in Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“⁹ (auf die ich später eingehe).

Wie funktioniert nun diese – alles geschichtliche Wissen scheinbar auf den Kopf stellende –

1 Vgl. Salzborn, Samuel (2002): Ein neuer deutscher Opferdiskurs. Zur Bedeutung der Vertriebenenverbände und ihrer Anliegen für politische Debatten der Gegenwart. In: Butterwegge, C. u.a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen: Leske+Budrich, S. 147-166. Natürlich gab es eine Darstellung der Deutschen als Opfer auch vor 1990 - siehe das Beispiel in Anm. 16.

2 Vgl. Rensmann, Lars (1998): Kritisch-theoretische Studien über den sekundären Antisemitismus. In: Ders.: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Hamburg: Argument, S. 231-335.

3 Küntzel, Matthias (2000): Der Weg in den Krieg. Deutschland, die NATO und das Kosovo. Berlin: Elefant Press, S. 91ff.

4 Vgl. ebd. und (besonders in Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit) Kunstreich, Tjark (1999): Ein deutscher Krieg. Über die Befreiung der Deutschen von Auschwitz. Freiburg: Ca ira.

5 Trampert, Rainer (2004): Vetorecht ist Ehrensache. In: Jungle World 42/2004 (<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/41/4082.php>)

6 Dabei findet sich immer wieder die Tendenz der „Entkontextualisierung“, wenn zum Beispiel die Erfahrungen deutscher „Heimatvertriebener“ unabhängig von der nationalsozialistischen Volkstums-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik beurteilt werden. Vgl.: Salzborn, Samuel (2003): Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession. In: Ders. u.a.: Erinnern. Verdrängen. Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert. Giessen: NBKK e.V., S. 17-42, hier S. 23.

7 Bundeskanzler Schröder auf den Feierlichkeiten zum D-Day in Frankreich: „Doch in ihrem Tod waren alle Soldaten über die Fronten hinweg verbunden Vor ihrer aller Schmerzen verneigen wir uns“ (Hervorhebungen von M.M., Quelle: Homepage der Bundesregierung, Stand: 2.10.04,

http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa_notiz_druck&global.printview=2&ink.docs=663560)

8 Friedrich, Jörg (2002): Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945. München: Propyläen.

9 Grass, Günter (2002): Im Krebsgang. Göttingen: Steidel

Stilisierung der Deutschen zu Opfern. Einen Erklärungsansatz versucht die Studie „Opa war kein Nazi“¹⁰ zu liefern. In ihr wird eine öffentliche vor allem auf **Faktenwissen** basierende Erinnerung an den Nationalsozialismus (im folgenden: NS) beschrieben: historische Untersuchungen, Schulwissen, die offizielle Erinnerungspolitik. Dieser steht eine **emotional strukturierte** Familienerinnerung gegenüber. Bildlich umschrieben wird dieser Unterschied als der zwischen Lexikon und (Foto)Album – beide finden sich in jedem deutschen Haushalt. Nun ist das Paradoxe an diesen beiden Formen der Erinnerung, dass das Wissen um die geschichtlichen Vorgänge (Ursachen und Wirkungsweisen des NS, Geschichte der Judenvernichtung) durchaus vorhanden ist¹¹ und dazu führt, dieses Wissen gerade nicht auf die eigenen Familienangehörigen (Eltern oder Großeltern, die den NS erlebt haben) anzuwenden. **Individuell** bedeutet dies, die eigenen Angehörigen nicht mit den Verbrechen der Deutschen im NS in Verbindung zu bringen¹² und so ein ungetrübtes Bild von ihnen aufrechtzuerhalten (anders ausgedrückt: die Identifikation auch weiterhin zu ermöglichen). **Gesellschaftlich** wird so die (eigentlich angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen unmögliche¹³) Identifikation mit der deutschen Nation ermöglicht¹⁴.

Nach diesem Muster funktionieren diverse neuere deutsche Romane¹⁵ – da sie meist Familiengeschichten erzählen, spiegeln sich viele Befunde der „Opa war kein Nazi“-Studie in ihnen wider¹⁶. Die Gefährlichkeit dieser Art „ästhetischer Erinnerungspolitik“ ergibt sich aus dem Umstand, dass sie ja nicht, wie die in der Studie untersuchten Familiengespräche, **nur im Privaten** wirken, sondern **öffentlich**. Sie werden und wurden in Zeitungen rezensiert und oftmals breit diskutiert. So schleicht sich das emotionale (und die NS-Vergangenheit relativierende) Erklärungsmuster des „Familien-Albums“ auch in die eigentlich durch die Fakten aus dem „Lexikon“ geprägte öffentliche Sphäre.

Die Mittel der Darstellung deutscher Opferschaft und ihre potentiellen erinnerungspolitischen Wirkungen sollen nun anhand zweier Beispiele kurz aufgezeigt werden. Bernhard Schlinks Roman „Der Vorleser“¹⁷ – der mittlerweile in den Literaturlehrplan aufgenommen wurde (!) – kommt eine Vorreiterrolle im Genre des „Opferromans“ zu. In einer Geschichte vom „schuldlos Schuldigwerden“¹⁸ wird über die Analphabetin Hanna berichtet, die im NS nur aufgrund dieses Handicaps zur SS geht, KZ-Wächterin wird und der im Buch der Prozess gemacht wird. Insofern wird sie vom Ich-Erzähler als Opfer des Nationalsozialismus stilisiert. Nachdem Hanna während ihrer Haft mit Hilfe des Ich-Erzählers Lesen gelernt hat, findet sich in ihrer Zelle traulich vereint die Literatur der Opfer (Primo Levi, Jean Amery, Tadeusz Borowski) neben den Aufzeichnungen der Täter (z.B. des Lagerkommandanten von Auschwitz Rudolf Höß). Diese verblüffende Geschichte ist eingebettet in weitschweifige Reflexionen des Ich-Erzählers zu Fragen von Schuld und Verantwortung – eine einfache Schlussstrichforderung (wie sie z.B. Martin Walser 1998 in seiner Friedenspreisrede formulierte¹⁹) findet sich nicht. Umso verblüffender nimmt sich daher die Pointe des Romans aus. Der Ich-Erzähler überweist das in der Haft verdiente Geld von Hanna – die sich am Vortag ihrer Entlassung umbringt – an eine jüdische (!) Organisation zur Bekämpfung von Analphabetismus. Es fällt also in die Zuständigkeit der Juden, etwas gegen Analphabetismus zu tun und so „bei anderen für den Grad an Bildung und Aufklärung zu sorgen, der ihnen einsichtig macht, warum sie jene nicht umbringen sollen“²⁰! Deutlich wird an Schlinks Roman, wie die Rede über eine Täterin im Nationalsozialismus zur Entlastung dienen kann. Das zufällig schuldig werden birgt trotz des kruden individuellen Schicksals das Potential zur Verallgemeinerung. Jeden hätte der Zufall auswählen können und „wo jeder Täter sein könnte, ist die Frage

10 Welzer, H./Moller, S./Tschugnall, K. (2002): „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch

11 Diese These ist nicht unumstritten. Eine gegenteilige Ansicht vertreten Silbermann, Alphonso/Stoffers, Manfred (2000): Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland. Berlin: Rowohlt, v.a. S 22-26.

12 Daher kommen die Autor/inn/en zu dem – nicht überraschenden – Urteil, dass der Holocaust „keinen systematischen Platz im deutschen Familiengedächtnis“ hat (Welzer u.a. 2002, S. 210).

13 Vgl. Rensmann 1998, S. 238

14 Hannes Heer (Leiter der ersten Wehrmachtsausstellung) fasst diese Tendenz im Untertitel seines Buches „Vom Verschwinden der Täter“ (Berlin: Aufbau, 2004) prägnant so zusammen: „Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei“.

15 Neben den weiter unten besprochenen z.B.: Hahn, Ulla (2003): Unscharfe Bilder. München: DVA., Jirgl, Reinhard (2003): Die Unvollendeten. München: Hanser.

16 Vgl. Welzer, Harald (2004): Schön unscharf. Über die Konjunktur der Familien- und Generationenromane. In: Hamburger Institut für Sozialforschung: Mittelweg 36, Heft 1, S. 53-64.

17 Schlink, Bernhard (1997): Der Vorleser. Zürich: Diogenes.

18 Die Figur der „schuldlosen Schuld“ trat schon bald nach 1945 in Romanen über die deutsche Wehrmacht auf. Vgl.: Heer, Hannes (2004): Die Legende von der sauberen Wehrmacht. In: Ders.: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Berlin: Aufbau, S. 170-197.

19 Vgl. Rensmann, Lars (2000): Enthauptung der Medusa. Zur diskurshistorischen Rekonstruktion der Walser-Debatte im Licht der politischen Psychologie. In: Ders./Brumlik, M./Funke, H.: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik. Berlin: Das Arabische Buch, S. 28-126.

20 Welzer 2004, S. 55.

nach den tatsächlichen Tätern entschärft“²¹.

Dass es gerade scheinbar Linke sind, die endlich über die Deutschen als Opfer schreiben müssen, zeigt sich an Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“²². Gilt er doch als einer, der seine Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Umso erschreckender liest es sich, wenn Grass seinen Ich-Erzähler sagen lässt: „All die Jahre lang in denen ich freiberuflich längere Artikel für Naturzeitschriften, ..., auch Bekenntnishafte zum Thema ‚Nie wieder Auschwitz‘ geliefert habe ...“²³. Deutlich schwingt der Vorwurf mit, dass dies ja verlangt wurde (von wem?) und ergötzlich aber verräterisch wird versichert, es sei eben nur „bekenntnishaft“, also gelogen, gewesen.²⁴ Das Hauptthema der Novelle ist ein ebenfalls aus deutscher Erinnerungspolitik nicht wegzudenkendes Motiv: der Vorwurf der Tabuisierung der Vertreibung aus dem Osten. Grass' rollt dieses Thema am Beispiel der Versenkung des Schiffes „*Wilhelm Gustloff*“, die mehrere tausend deutsche Flüchtlinge aus dem Osten an Bord hatte, auf. Nach Freud wird ein Tabu jedoch gerade von dem behauptet was selbst tabuisiert, d.h. einer kritischen Reflexion entzogen werden soll²⁵. Statt kritischer Analyse wird also die emotionale Beschäftigung vertreten – mit den oben beschriebenen Folgen. Dabei widerlegt Grass die These vom Tabu im Buch selbst. Penibel führt er alle Veröffentlichungen zum Thema „Untergang der *Gustloff*“ an und beweist auch noch, wie gefragt diese waren, wenn sein Ich-Erzähler über eine dieser Veröffentlichungen berichtet, der Detailreichtum sei „von Buchauflage zu Buchauflage“²⁶ gestiegen.

Mehrfach bemüht Grass in seinem Buch altbekannte (und ebenso gefährliche) Stereotype. So das Deutungsmuster vom „bösen Russen“ in der Person des U-Boot-Kommandanten Marinesko (wobei der sich freilich darauf berufen kann, faktisch die Wahrheit zu berichten). Marinesko wird dargestellt als Problemkind, Säufer, Hurenbock und immer drauf und dran, aus der Marine entlassen zu werden. Unter anderem berichtet der Ich-Erzähler, dass Marinesko „wie überliefert wurde, zur pelzbesetzten Mütze ... unvorschriftsmäßig nicht den gefütterten Mantel [trug] ... sondern ... ein ölverschmiertes Schafsfell“²⁷. Das ist er, der Russe wie ihn die Deutschen zu kennen glauben: ungehorsam, dreckig, primitiv²⁸.

Neben dem Untergang der *Gustloff* erzählt Grass noch eine zweite Geschichte. Die vom neonazistischen Sohn des Ich-Erzählers – Konrad, der selbst der Geschichte der *Gustloff* nachrecherchiert, seine Informationen als „Kameradschaft Schwerin“ ins Internet stellt und in einem Forum mit einem anderen Jugendlichen – Frank, der sich als Jude ausgibt²⁹ (!), über das Thema heftig debattiert. Schließlich erschießt Konrad – dessen Antisemitismus für den Vater nur „harmloses kindisches Zeug“³⁰ ist – seinen Rivalen Frank, was dem Ich-Erzähler, respektive Grass, die Möglichkeit gibt, lang und breit die Ursachen des Mordes zu referieren. Sein Fazit schließt Schuld Konrads natürlich ebenso aus, wie die Kontinuität nationalsozialistischen und antisemitischen Denkens (die doch so klar gezeigt wird). **Das Tabu ist Schuld** und daher dürfe „das gemiedene Thema [nicht] den Rechtsgestricken überlassen“³¹ werden. Das Thema sei neutral, wer es benutzt, darauf kommt es an. So versucht die politische Mitte und auch die Linke seit Jahren das Thema nationale Identität zu stärken. Dieses ist jedoch – wie ich hoffentlich ansatzweise zeigen konnte – nicht ohne eine Relativierung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu haben, im Verweis auf nationale Identität ist die Forderung nach einem Schlusstrich unter die Vergangenheit enthalten und der „Neue deutsche Opferdiskurs“ ist ein Mittel, diese Tendenz voranzutreiben.

METROPOLIS Eschenh. Anlage 40 Telefon 95 50 64 44 16.45, 20.15 Uhr	E-KINOS Zeit 125 T. 260769, 263205, 267157 14.00, 17.00, 20.00, Di auch 10.00 Uhr	CINEPLEX Münster-Landstr. 681 Telefon 38 98 31 55 17.00, 20.00 Uhr	BERGER KINO Berger Str. 177 Telefon 94 50 30 18.00 Uhr (außer Mi.)
TURM Am Eschenh. Turm Telefon 29 17 87 19.45 Uhr (außer Di. + Mi.) (OmU)	KINOPOLIS MTZ Telefon 3 14 03 14 15.30, 20.00 Uhr	CINEMAXX Offenbach Telefon 80 90 71 44 16.45, 20.00 Uhr (Mi. nicht 20.00)	CINESTAR Münster Tel. 051 51 206 84 44 16.30, 19.45 Uhr

21 Köhler, Kai (2003): Literarische Vergangenheitsbewältigung. In: AK Erinnerungskultur in d. Marburger Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Weiter erinnern? Neu erinnern? Münster: Unrast, S. 167-188, hier S. 176.

22 Vgl. Anm. 8

23 Grass 2002, S. 32

24 Bei genauerer Einsicht in Grass' Werk überrascht diese Haltung allerdings nicht. Vgl. Briegleb, Klaus (2003): Grass. In: Ders.: Missachtung und Tabu. Eine Streitschrift zur Frage: „Wie antisemitisch war die Gruppe 47?“. Berlin: Philo, S. 31-36. und Schroeder, Ralf (2004): Ulbricht ist KZ-Kommandant und Auschwitz in Afrika. Unbefangenheit im Stil, Vertrauen in den Erfolg: Unser Nobelpreisträger Günter Grass. In: Bahamas 45, S. 49-53.

25 Vgl. Salzborn 2003, S. 31

26 Grass 2002, S. 62

27 ebd., S. 127

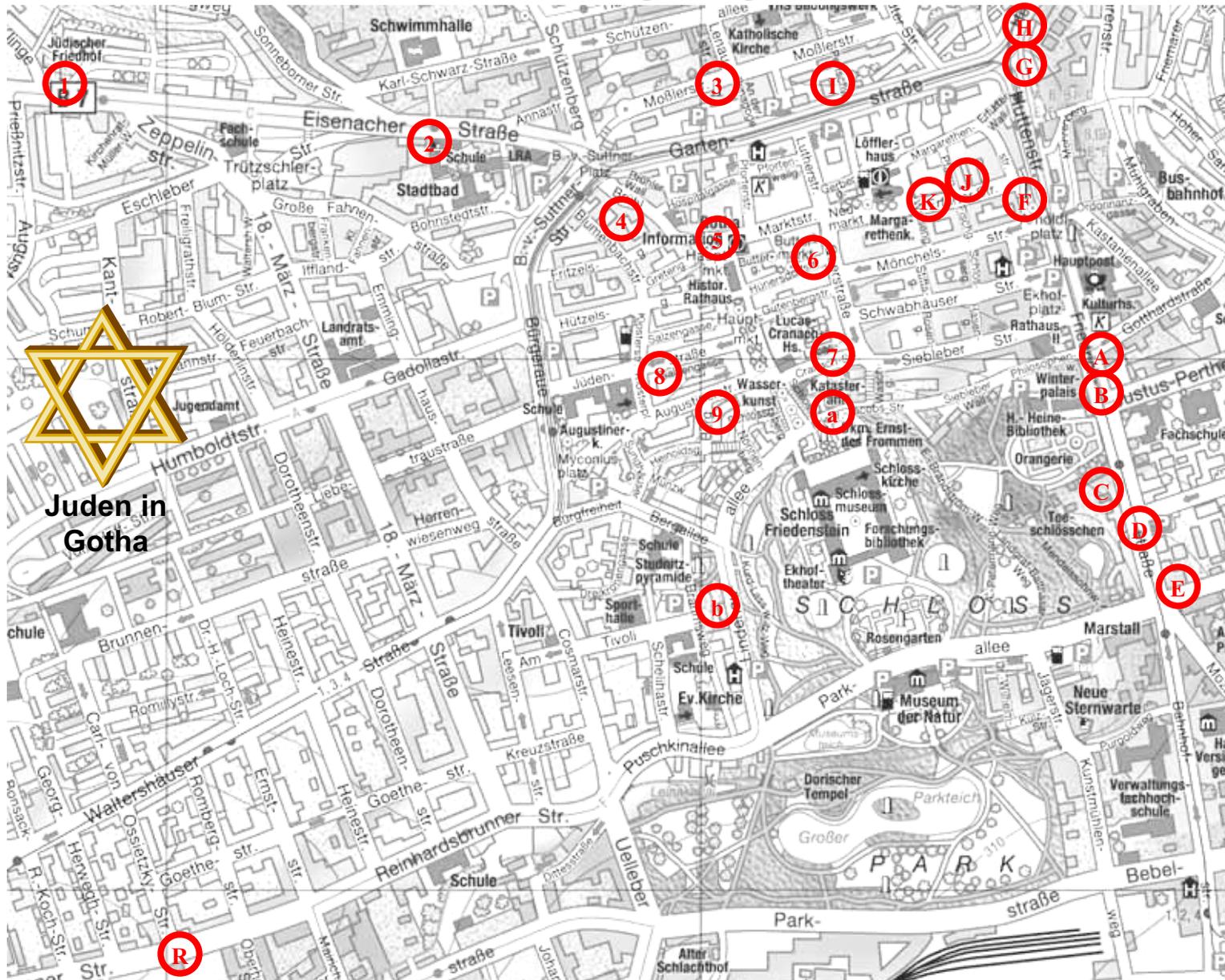
28 Auch in der „Opa war kein Nazi“-Studie wird über das oft bemühte Stereotyp vom „bösen Russen“ berichtet (Welzer u.a. 2002: 140ff.).

29 Was Grass die Möglichkeit gibt, in der Darstellung des Philosemitismus des Jungen seine eigenen Aversionen gegen Israel in die Novelle einzubauen. Vgl. Grass 2002, z.B. S. 159, 184. Zu Grass' eigenem Antisemitismus vgl. Anm. 20.

30 Grass 2002, S. 88

31 ebd. S. 99

Alternativer Stadtrundgang - Juden in Gotha



- 1 Jüdischer Friedhof
- 2 Arnoldi-Schule
- 3 Synagoge, Denkmal
Mößlerstraße
- 4 Brühl 13/15, Möbelhaus Fellig
Inhaber: Max Blau
- 5 Golden Schelle, Hauptmarkt
Hofbankhaus Goldschmidt
- 6 Hühnersdorfstraße 13
Emil Ledermann
- 7 L.-Cranach-Straße 3
Kleiderwerk Rosenblatt
- 8 Judenstraße (Juden bis 1221)
- 9 Augustiner Str. 15
jüdische Religionsschule
- a Friedrich-Jakobs-Str. 4
Dr. Fritz Noack
- b Lindenualle 22-26
Immobilien der Familien Goldschidt
- A Friedrichstraße 7
Augenklinik, Dr. Richard Ruppel
- B Friedrichstraße 9
Selig Löser (Manufakturwaren)
Leo Gutmann (Rechtsanwalt)
- C Friedrichstraße 14, Kunreuther-Villa
Rechtsanwalt und Notar
- D Friedrichstraße 13 & 20
Familien Liebermann und
Oppenheimer
- E „Porzellanschlosschen“
Julius Simson - Villa
- F Arnoldiplatz 6
Dr. Sigmund Brock
“Ghettohaus“
- G Huttenstraße 14
Familien Ledermann & Herxheimer
- H Hersdorfstraße 4
Dr. Max Schramm
- I Gartenstraße 29
Pfarrer Werner Sylten
- J Erfurter Straße 5
Kaufhaus Conitzer (jetzt: Joh)
- K Erfurter Straße 15
Drogerie Fackenheim
- R Ruppel-Werke, Metallwaren
Reinhardbrunner Str. 57/59